Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

277 (4.12.1892) II. Blatt

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 26 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 30 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 277, II. Blatt. Sonntag, den 4. Dezember 1892.

Wochenrundschau.

Der Reichstag begann am Mittwoch die erste Lesung des Etats; es wurde indeß fast eine erste Lesung der Militärvorlage daraus. Wie er schon vor acht Tagen angekündigt hatte, antwortete nämlich der Abg. Richter auf die Rede des Reichskanzlers, die er gründlich zu zerpflücken bemüht war. Dabei kam er selbstverständlich zu dem Ergebniß, daß er die Militärvorlage verwarf und damit erst recht die neuen Steuervorlagen. Der Reichskanzler vertheidigte seine früheren Ausführungen und hielt sie in allen Punkten aufrecht. Neue Gründe für oder gegen kamen indeß bei diesem Wortgefecht nicht zu Tage. Auch der Abg. v. Kardorff äußerte sich zur Militärvorlage, aber keineswegs freudig zustimmend, da er unsere Armee allen Anforderungen für gewachsen hält und die dreijährige Dienstzeit nicht aufgeben will. Einen Heiterkeitserfolg erzielte er mit der Aufforderung an das Centrum, eine beruhigende Erklärung abzugeben, daß es die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes und die Lockerung des Dreibundes nicht wolle. Von der Finanzlage konnten die Etatsdebatten kein günstigeres Bild liefern, als man bereits kennt. Das abgelaufene Etatsjahr hat noch einen Ueberschuß von 4 Millionen Mark ergeben, das laufende wird einen Fehlbetrag von 6 Millionen aufweisen, der nächste Etat wird die Bundesstaaten um 37 Millionen ungünstiger stellen als der laufende. Mit Recht führte deshalb der Centrumsabgeordnete Frigen aus, daß man endlich sparen müsse, namentlich bei der Marine, und daß es mit dem Schuldenmachen — die Reichsschuld beträgt nächstens 2 Milliarden — nicht so fortgehen könne, wenn nicht ein Ende mit Schrecken folgen solle. Handel, Industrie und ganz besonders das Handwerk befänden sich in drückender Lage. Unter lebhafter Zustimmung des größten Theiles des Hauses verlangte der Redner, daß endlich für das Handwerk etwas geschehen müsse, wenn es nicht zu Grunde gehe. Herr v. Kardorff entwarf ein sehr düsteres Bild von der Lage der Landwirthschaft, das wohl nicht ganz den thatsächlichen Verhältnissen entsprach. Konnte doch der Abg. Fritzen gerade auf die gute Ernte als auf ein erfreuliches Zeichen in unserem wirthschaftlichen Leben hinweisen.

Die lange Rede, mit welcher der Reichskanzler die Einbringung der Militärvorlage begleitete, ist fast von der gesammten inländischen Presse sehr kühl aufgenommen worden. Nur die „Nordd. Allg. Ztg." und die „Köln. Ztg." begeisterten sich. Sonst hat Graf Caprivi nach allgemeinem Urtheil Niemand für seine Vorlage bekehrt. Die ausländische, insbesondere die österreichische und englische Presse that, als stelle sie die Rede für durchschlagend und wurde dafür an hervorragender Stelle im „Reichsanzeiger" citirt. Aber die Oesterreicher und Engländer haben gut reden. Sie brauchen die persönlichen und materiellen Lasten der Militärvorlage nicht zu tragen und haben von unsern Anstrengungen noch den Nutzen, daß sie sich größerer Opfer überhoben glauben dürfen, da ja Deutschland für sie mit sorgt. Wie die Parteien sich schließlich zu der Vorlage stellen werden, ob sie rundweg ablehnen oder sich auf Verhandlungen einlassen werden, ist natürlich noch nicht zu sagen. Die meisten werden sich wohl nicht weigern, eine Verständigung mit der Regierung wenigstens zu versuchen. Die Freisinnigen, wie immer voran, haben bereits beschlossen, nur das zu bewilligen, was zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit nothwendig ist. Darunter dürfte eine Mehreinstellung von Rekruten in dem Umfange verstanden sein, daß die bisherige Friedenspräsenzstärke, trotz der Mehrentlassungen noch zwei Jahren, beibehalten bleibt. Das würde eine jährliche Mehreinstellung von etwa 30.000 Mann bedeuten. Eine Einigung auf dieser Grundlage findet ohne Zweifel eine Mehrheit. Indeß wird die Regierung damit nicht zufrieden sein. Wenn Graf Caprivi erklärte, ohne Kompensationen sei die zweijährige Dienstzeit unannehmbar, so meinte er nicht diese Kompensation, sondern eine bedeutende Erhöhung der Friedenspräsenzstärke. Das Ziel ist ja doch die Heranziehung aller Wehrfähigen zum aktiven Dienst und davon wird die Regierung schwerlich abgehen.

Mehr Beachtung als die im Grunde nichts Neues bietenden politischen und militärischen Auseinandersetzungen in der Rede Caprivi's fanden seine Mittheilungen über die Vorgänge beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges. Durch Verlesung der Emser Depesche hat er den Nachweis geliefert, daß das Verdienst der redaktionellen Thätigkeit seines Amtsvorgängers an dieser Depesche doch nicht so groß war, wie dieser es hinstellt. In den Augen jedes ehrlichen Menschen waren die Darlegungen Caprivi's eine Ehrenrettung des Fürsten Bismarck gegen sich selbst, wenn es auch dem Reichskanzler mehr darauf ankam, die durch den Exkanzler kompromittirte deutsche Politik und Diplomatie zu rehabilitiren und den alten Kaiser Wilhelm vor dem Verdachte der Schwäche und Unentschlossenheit in der Wahrung seiner und seines Landes Ehre zu schützen. Dem Fürsten Bismarck mag die Schmälerung des „Ruhmes", den Krieg von 1870 so genial angezettelt zu haben, nicht ganz Recht sein, seine Freunde athmen aber erleichtert auf, wo sie ihn durch seinen Nachfolger besser gerechtfertigt sehen, als ihre Sophistik es vermocht hatte. Eine Antwort aus Varzin ist bis jetzt auf die Rede des Reichskanzlers nicht erfolgt. In einem französischen Blatte wurde die angebliche Unterredung veröffentlicht, die der Schriftsteller de Rouz mit Bismarck gehabt haben wollte und in der dieser sich in noch bedenklicherer Weise über die Emser Depesche und den alten König Wilhelm geäußert haben sollte, als er es gegenüber Maximilian Harden gethan. Besonders die konservative Presse wurde durch die Mittheilungen in die höchste Entrüstung über den „Cynismus" des Fürsten versetzt. Indeß kam bald ein alter Interviewer Bismarck's, Herr H. des Hack, erklärte im „Matin" die ganze Unterredung seines Kollegen für erfunden. Diese Erklärung konnte freilich nicht genügen. Gedruckt erklären denn auch die „Hamb. Nachr.", le Rouz sei allerdings in Varzin gewesen, aber im Ganzen nur 10 Minuten, und habe den Fürsten Bismarck nicht gesprochen. Aehnliches hat indeß le Rouz, der übrigens ein angesehener Schriftsteller ist, selbst gesagt und, wenig zufrieden mit seinem Empfange in Varzin, erzählt, daß Bismarck die Aeußerungen auf einem Spaziergange gemacht, auf dem er sich ihm fast gewaltsam, wenn auch nur für kurze Augenblicke, aufgedrängt habe. Wir wollen jedoch im Interesse des Exkanzlers annehmen, daß er die ihm zugeschriebenen Aeußerungen nicht gethan habe. In seinem eigenen Interesse kann ihm auch nur gerathen werden, zu den Mittheilungen Caprivi's weiter zu schweigen. Seine Ehre wird am besten gewahrt, wenn er dem Mund gar nicht mehr aufthut. Wie weit er es durch seine Geschwätzigkeit bereits gebracht hat, beweist eben schon der Umstand, daß konservative Blätter ihm die Aeußerungen zutrauten, die le Rouz ihm in den Mund legte.

In der dritten Sitzung des Reichstages kam, eine „gute" Vorbedeutung für die Militärvorlage, die Interpellation des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Petri aus Elsaß-Lothringen, betr. den Gebrauch der Schußwaffen durch die Militärposten, zur Verhandlung. In Straßburg hat bekanntlich jüngst ein Posten auf belebter Straße einem fliehenden, betrunkenen Arbeiter eine Kugel nachgejagt. Noch in der letzten Session hat der Reichstag eingehend über den Waffengebrauch der Posten eingehend verhandelt und eine Verminderung der Posten sowie eine Aenderung der Anweisung über den Waffengebrauch der Posten verlangt. Der Bundesrath ist über die Forderung zur Tagesordnung übergegangen. Der Kriegsminister von Kaltenborn antwortete auf die Interpellation Petri nicht sehr entgegenkommend. Bezüglich der Verminderung der Posten verschanzt sich die Militärverwaltung hinter die Civilbehörden, die den größten Werth auf die Militärposten legten und mehr Wächter anstellen sowie kostspielige Umbauten vornehmen müßten, wenn die Militärposten vor nichtmilitärischen Gebäuden vermindert werden sollten. Von einer Aenderung der Vorschriften über den Waffengebrauch mag die Militärverwaltung auch nichts hören. Es sollen jedoch Anordnungen getroffen werden — in Straßburg sind sie auch schon getroffen —, daß die Posten an belebten Straßen nicht mehr mit Munition versehen werden. Daß diese Antwort des Ministers nicht befriedigen kann, darüber hat der Reichstag den Minister nicht im Zweifel gelassen. Alle Redner, vom Centrum der Abg. Gröber, verlangten einen besseren Schutz des Publikums. — Der Gesetzentwurf, welcher den Bundesrath ermächtigt, die Vertragszollsätze bis zum 1. April 1893 nicht meistbegünstigten Staaten gegenüber noch anzuwenden, ist an einem Tage erledigt und alsbald im Reichstage veröffentlicht worden. Die Vergünstigung soll nur Spanien und Rumänien, mit dem wir bekanntlich in Handelsverhandlungen stehen, nicht aber Rußland gegenüber zur Anwendung kommen. Leider scheint es noch immer nicht, als ob bei den Verhandlungen viel herauskommen werde.

An Initiativanträgen aus dem Haus liegt beim Reichstage schon wieder ein Dutzend vor. Die meisten stammen noch aus der vorigen Session. Das Centrum hat, treu dem in Mainz gegebenen Versprechen, den Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes wieder eingebracht. Die Blätter sind natürlich flugs mit der Behauptung zur Hand, es wolle ein Handelsgeschäft machen: gibst du mir meine Jesuiten zurück, bewillige ich deine Militärvorlage. Darauf kann man am einfachsten erwidern, was der Abg. Dr. Lieber auf der Katholikenversammlung in Neckarsulm gesagt hat: die Jesuiten und unser Recht sind uns viel zu lieb, als daß wir sie mit einer solchen Belastung des deutschen Volkes zurückkaufen und mit dem Unwillen des gesammten Volkes belastet nach Deutschland wieder zurückführen wollen. Ueberdies hat das „Geschäft" den Haken, daß es ohne Zustimmung des Reichstages gar nicht gemacht werden kann. Es hat Augenblicke gegeben, wo dem Antrage auf Aufhebung des Jesuitengesetzes die große Mehrheit des Reichstages sicher war. Sollte sie ihm jetzt ihre Zustimmung versagen, so würde sie damit beweisen, daß sie nicht nach objektiven, sachlichen Erwägungen des Rechtes, sondern nach Laune oder Vorurtheil oder aus Furcht vor einer handvoll Hetzer handelt. — Die Konservativen haben einen Antrag auf Einführung des Befähigungsnachweises und Erweiterung der Innungsbefugnisse eingebracht. Der Antrag ist jedoch kein formulirter Gesetzentwurf, sondern enthält nur die Aufforderung an die Regierung, einen solchen vorzulegen. Wahrscheinlich wird sie es nicht thun. Von den versprochenen Handwerkerkammern hört man aber auch nichts. Man wird einmal anfragen müssen.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat sich nach achttägiger Debatte über die Steuervorlagen bis nach Neujahr vertagt und läßt inzwischen seine Kommission die Vorlagen weiter berathen. In ihrer ersten Sitzung hat diese bereits mit 23 gegen 2 freisinnige Stimmen die Aufhebung der Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Bergwerkssteuer gutgeheißen. Das ist jedoch noch kein endgiltiger Beschluß, sondern eben nur die grundsätzliche Billigung des Planes. Das Weitere wird sich erst finden, wenn man zur Frage der Ergänzungssteuer kommt. Man kann sich dann dahin entscheiden, daß man überhaupt keine neue Steuer wolle. Dann ist auch nicht der ganze Aufhebungsplan durchführbar. Man kann aber auch die Nothwendigkeit weiterer Einnahmen als Ersatz für die Staatskasse anerkennen, jedoch dem Vermögenssteuergesetze seine Zustimmung versagen und eine andere Art der Geldbeschaffung vorschlagen. Das bleibt abzuwarten. Anscheinend wäre eine Mehrheit nicht abgeneigt, sich mit der Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer zu „begnügen" und die Gewerbe- und Bergwerkssteuer „vorläufig" bestehen zu lassen. Dann wäre auch keine neue Steuer nöthig. Indeß würde dieser Plan auf energischen Widerstand, insbesondere bei einem Theile des Centrums, stoßen. Die ganze „Reform" läuft dann darauf hinaus, daß die „Agrarier" ihre Steuern los würden. Die Fortsetzung des Reformwerkes würde wohl um so länger auf sich warten lassen, als die Freunde der Stückarbeit ein sehr geringes Interesse daran hätten. Man darf annehmen, daß auch die Regierung auf den Plan sich nicht einlassen wird.

Der Reichstagswahlkreis Arnswalde-Friedeberg lenkt gegenwärtig mehr als irgend ein anderer Fleck des deutschen Reiches die Aufmerksamkeit auf sich. Bei der Nachwahl hat daselbst der famose Antisemit Ernst Ahlwardt 6000 Stimmen erhalten, während seine vier Gegner zusammen nur 243 mehr zählen. Am 5. Dezember findet die Stichwahl zwischen Ahlwardt und seinem freisinnigen Gegner Drawe statt, der aber nur 2915 Stimmen erhalten hat und sicher unterliegen wird. Die Freisinnigen sind aus dem Häuschen, weil es ihnen in einem Wahlkreise, den sie zu erobern dachten, so schlecht erging. Sie entrüsten sich gewaltig über die „Hetze" der „Radauantisemiten". Etwas arg scheint es allerdings bei der antisemitischen „Agitation" hergegangen zu sein. Allein auf so etwas verstehen sich die Freisinnigen ebenfalls und wenn sie jetzt den Konservativen vorwerfen, sie hätten durch ihre Judenhetze den Antisemiten vorgearbeitet, so kann man ebenfalls behaupten, die Freisinnigen hätten mit ihrem Herunterreißen alles dessen, was von der Regierung und den „Junkern" kommt, ihnen die Wege geebnet. Die Konservativen, deren alter Stammsitz der Wahlkreis war, sind in einiger Verlegenheit, was sie sagen sollen. Eine entschiedenere Stellung der Partei in der Judenfrage thut es allein nicht, denn an „Entschiedenheit" werden ihr die Antisemiten immer den Rang ablaufen. Besser trifft es schon der „Reichsbote", wenn er sagt, die Konservativen müßten sich mehr um das Volk kümmern und sich der Interessen des Mittelstandes, der Handwerker, Bauern, kleinen Gewerbetreibenden energischer annehmen. Die Niederlage trifft indeß nicht minder die Regierung; der konservative Kandidat war auch der ihre. Wenn die Wähler sich von ihr und den Konservativen abwenden, so kann das nur besagen, daß sie unzufrieden sind mit der Art, wie die Regierung und deren Anhang sich ihrer wirthschaftlichen Interessen annehmen. Der

---

Die Tochter des Fälschers.

Frei nach dem Englischen von Clara Rheinau.

28) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Es war ein köstlicher Tag und die Fahrt durch die duftenden Tannenwälder, welche Homburg umgeben, durch die freundlichen Dörfchen mit ihren schwerbeladenen Obstbäumen gewährte den Ausflüglern großes Vergnügen. Ein Ausruf der Bewunderung entfuhr Allen, als Sonnenberg endlich in Sicht kam. Auf dem Gipfel eines steilansteigenden Berges standen die grauen Ruinen des Schlosses, das einst drohend auf das friedliche Thälchen herabblickte, jetzt aber so harmlos und ungefährlich war wie die feurigen Barone, die auf dem alten Friedhof der Auferstehung entgegenschlummerten. Die verfallenen Mauern und ein einziger, dicht mit Epheu umwachsener Thurm waren alles, was von der Liebe eines jener wilden Ritter übrig geblieben, die im Mittelalter der Schrecken Deutschlands waren und denen wir eine Reihe von Sagen verdanken, unübertroffen an romantischem Zauber, aber von mehr als zweifelhafter Moralität.

Die kleine Gesellschaft hatte beschlossen, die Pferde in der Dorfschenke einzustellen und zu Fuß den Berg zu ersteigen, um in der alten Burgruine die mitgeführten Mundvorräthe zu verzehren. Die jugendlichen Insassen des zweiten Wagens entstiegen demselben in heiterster Laune, lachend, plaudernd und scherzend.

Nach Roderich Middleton war ungewöhnlich animirt. Als er sich mit dem schwersten der Proviantkörbe beladen Elisabeth näherte, flüsterte er in geheimnißvollem Tone:

„Fräulein Fothergill, würde es Ihnen Vergnügen machen, einen Blick in den „Punch" zu werfen?"

Eine hohe Röthe färbte Elisabeth's Wangen, aber sie bemühte sich, möglichst unbefangen zu fragen:

„Warum, haben Sie besonderes Interesse für den „Punch"?

„Nur, weil ich in der neuesten Nummer einige Verse fand, die mich gleich den besten von Bret Harte berührten. Nein, ich lasse ihnen durch diesen Vergleich einfach Gerechtigkeit widerfahren, denn es liegt Seele in diesem neuen „Klageruf der Kinder". Damit reichte er ihr das Zeitungsblatt.

Das Gedicht trug natürlich keine Unterschrift. Es war ein lebhaftes, unendlich rührendes Bild der kranken Kinder in London, die sich nach Sommerblumen und Seeluft sehnen, in scharfem Kontrast mit einer pittoresken Schilderung des Lebens, wie es die Hamburger Badegäste zu führen pflegen.

Elisabeth überflog eifrig die gedruckten Zeilen, während Roderich sie bewundernd beobachtete. Die Beiden waren ein wenig hinter den Andern zurückgeblieben und sie wandte sich plötzlich zu ihrem Gefährten mit den Worten:

„Wie konnten Sie wissen, daß die Verse von mir seien? Es sind die ersten, die ich je veröffentlichen ließ."

Roderich wußte wohl, daß sein Herz mit unfehlbarem Instinkt es ihm verrathen, aber er versetzte nur leichthin:

„Eingebung, vermuthlich."

Als sie den Gipfel des Berges erreichten, fanden sie die ganze Gesellschaft eifrig beschäftigt, die kalten Speisen und Früchte einladend auf grünen Blättern zu serviren. Sie waren sehr vergnügt, als sie sich im kühlen Schatten der alten Mauern zu dem Mahle niederließen. Elisabeth hatte ihre Mißstimmung vergessen über die Freude, daß Roderich Gefallen an ihren Versen gefunden, deren Geschick ihr ängstliches Herzklopfen bereitet hatte. Aufrichtige Ermunterung von Seiten einer Person, deren Ehrlichkeit nicht zu bezweifeln ist, hat weit höheren Werth als ein fades Kompliment.

Stefan allein war übler Laune, obgleich er dies zu verbergen sich bemühte. Er war böse auf Elisabeth und eifersüchtig auf Alfred, der im Grase zu ihren Füßen lagerte und Ihre Unterhaltung, wie er dachte, ganz für sich in Anspruch nahm.

Auch Roderich bemerkte Alfred's Bemühen, den Platz bei Elisabeth zu erringen. Nichts, was mit ihr in Beziehung stand, entging seinen Augen und zum ersten Mal kam ihm jetzt die Idee, daß sein Ideal edler Weiblichkeit des Freundes Glück begründen könne. „Alfred ist ein netter Junge", dachte er, die Beiden beobachtend. „Er reicht zwar nicht zu ihr heran; aber sie gehört zu jenen Frauen, deren Gatte naturgemäß etwas unter ihnen stehen muß und sie würde jeden Mann glücklich machen."

Dann dachte er zum hundertsten Mal über jenes merkwürdige Gesetz der Anziehung nach, das unsere Herzen mit festen Banden an den Altar eines oftmals unerreichbaren Ideales kettet. Roderich war von einer seltenen Selbstlosigkeit. Er liebte Elisabeth treu und wahr, aber er sah keinen Grund, ihr sein Geheimniß zu verrathen. Vor langer Zeit, an jenem Tage, da er im St. Lukashospital bei Ena's Operation behülflich gewesen und die bleiche, aber so gefaßte junge Pflegerin beobachtet hatte, war es ihm klar geworden, daß ihn sein Geschick getroffen; aber ein feiner Instinkt hatte ihn rasch belehrt, daß sie ihm nie mehr als Freundschaft würde zu geben haben. Roderich fühlte sich überzeugt, daß er errathen haben würde, wenn sie seine Liebe erwidert hätte und dann, aber auch nur dann, hätte er sein Schweigen gebrochen. Seinem Scharfblick war es nicht entgangen, daß auch Stefan in den Fesseln Elisabeth's schmachtete. Es war merkwürdig, daß diese drei Männer, so verschieden an Charakter und Lebensstellung, in diesem einen Punkte sich zusammenfanden, obgleich Alfred bis jetzt nicht daran gedacht hatte, was in der Zukunft verborgen liege.

Die Gesellschaft hatte jetzt ihr Mahl beendigt und Willy Westburn machte den Vorschlag, daß Lisa ein Lied vortragen solle. Nach einigem Zögern willigte sie ein und begann mit ihrer frischen jungen Stimme eine jener lieblichen alten Balladen, die niemals alt zu werden scheinen. Willy lag zu ihren Füßen im Grase und träumte glückselig von der nicht mehr allzu fernen Zeit, da das süße Wesen ihm zu eigen gehören sollte, aber es war Roderich, der nach Beendigung des Liedes sagte:

„Wollten Sie uns nicht noch etwas Anderes vortragen, Fräulein Arden?"

„Wie könnt ihr singen, ihr Vögelein," schlug ihre Mutter vor, aber Elisabeth fiel ihr hastig in's Wort:

„O nicht dies, bitte," rief sie in flehendem Tone, „an diesem einen Tage wenigstens lassen Sie uns nichts Trauriges hören."

Ihre Augen begegneten fast unbewußt denen Stefan's und mit einer Art innerer Wuth bemerkte er, wie gedankenvoll sie bei der Erinnerung an jenen seltsamen Abend in „Sans Souci" wurden.

„Weder dieses, noch ein anderes," erklärte Lisa lachend; „nun möge einer der Herren sich hören lassen."

„Ich kann nicht singen, die alten Barone würden aus ihren Gräbern aufstehen, wenn ich einen Versuch machte," begann Roderich; „aber ich habe die neueste Nummer des „Punch" bei mir und könnte ein Gedicht daraus vorlesen, das mein Interesse erregte."

Er wartete keine besondere Aufforderung ab, sondern begann seinen Vortrag mit tiefer ausdrucksvoller Stimme. Das Gedicht war nicht lang und sein Versmaß zeigte hie und da Spuren von des „Lehrlings Hand, aber keiner der Zuhörer achtete dieser unbedeutenden Mängel, nicht einmal Stefan, der überhaupt gar nichts darüber dachte, weil das Thema ihn vollständig kalt ließ. Für Elisabeth war es ein sehr glücklicher Augenblick, als sie zwei große Thränen in Lisa's blauen Augen schimmern sah.

„Es ist sehr, sehr schön; aber warum lasen Sie es vor? Traurigeres könnte doch sicher nichts sein," bemerkte das junge Bräutchen weich, als Roderich geendet.

„Vermag es Niemand zu errathen?" fragte dieser, auf Elisabeth blickend, deren Gesicht jedoch hartnäckig von ihm abgewendet blieb.

Eine momentane Pause trat ein, während welcher man deutlich das heitere Zirpen der Grasmücken hörte; dann schaute Alfred auf und sagte lächelnd:

„Weil Fräulein Fothergill die Verse geschrieben!"

Ausrufe der Ueberraschung und freudige Beglückwünschungen tönten wirr durcheinander; auch Stefan sprach pflichtschuldigst einige wohlgesetzte schmeichelhafte Worte, doch in seinem Innern tobte die Eifersucht: „Sie vertraut ihm vor all diesen alten Freunden."

Doch hiermit irrte er sich vollständig. Elisabeth hatte Alfred nie anvertraut, daß sie an jenem Balladenabend, während er Olga's Bekenntniß lauschte, gleichsam als Nachklang der herrlichen Wagner'schen Töne im Nuggarten jene Verse gedichtet. Es war eine bloße Vermuthung von seiner Seite, aber eine ganz richtige, wie sich herausstellte. Stefan empfand die Qualen der Eifersucht mit erneuter Stärke, als er das süße Erröthen bemerkte, mit welchem Elisabeth Alfred's Glückwunsch entgegennahm. Ein Durst nach Rache erwachte in ihm und er beschloß noch am gleichen Abend Elisabeth's Geheimniß dem Rivalen wenigstens theilweise preiszugeben.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

sociale Reformeifer der Regierung hat nach einem kurzen Anlauf rasch nachgelassen; man denke nur an das Berggesetz. Für die Handwerker und Bauern geschieht noch immer nichts. Da haben die Wähler, des Wartens müde, sich einer Partei zugewandt, die sich vor allem als sociale Reformpartei vorstellt und gründliche Abhilfe gegen alle Leiden verspricht. Daß gerade ein Ahlwardt gewählt werden konnte, den Viele nicht unter die anständigen Menschen rechnen wollen, läßt die Lage um so bedenklicher erscheinen. — Am Dienstag hat in Berlin der Prozeß gegen Ahlwardt wegen der „Judenflinten" begonnen. Der Versuch des Angeklagten, die Sache zu verschleppen, den er unvorsichtiger Weise einem jüdischen „Interviewer", der ihn unter falschen Angaben und Vorwänden bei einem Besuche in Plötzensee auf's Eis gelockt haben soll, verreist und dieser alsbald in der Zeitung bekannt gab, mißlang. Auch der Wahrheitsbeweis, den Ahlwardt liefern will, dürfte kaum gelingen. Sonach wird ihm wohl eine nicht unerhebliche Verlängerung seines Gefängnisses bevorstehen.

In Oesterreich ist es zwischen der Regierung und den Liberalen zu einem vollständigen Bruche gekommen. Nur ungern und zögernd lassen diese die Fleischtöpfe der Regierung im Stich, es bleibt ihnen aber nichts anderes übrig, da Graf Taaffe auf ihre Forderung, eine feste Mehrheit mit ihrer Hülfe unter Ausschluß des Hohenwerth-Klubs — der Konservativen — zu bilden nicht eingehen wollte. So kehren denn die Liberalen in die Opposition zurück und werden zum Beweise dessen in die Etatsverhandlung des Dispositionsfonds der Regierung ablehnen. Folgerichtig hat auch ihr Vertrauensmann im Ministerium, Minister Graf Khuenburg, seine Entlassung genommen. Man braucht deshalb nicht zu glauben, daß man auf einmal die Regierung eine konservative würde. Keineswegs: Graf Taaffe wird in seiner Schaukelpolitik fortfahren und es nicht an Versuchen fehlen lassen, auch die liberale Partei wieder an seinen Wagen zu spannen. Seine offizielle Presse ist ja jetzt schon bemüht, den Liberalen goldene Brücken des Rückzugs zu bauen.

Tiefgehender ist die innerpolitische Krisis in Ungarn. Vorläufig verfügt das neue Kabinet ja über eine stattliche Mehrheit im Unterhause. Daß diese sich aber angesichts der Bewegung im katholischen Volke nicht mehr sicher fühlt, beweisen die Bemühungen, eine Fusion mit der sogenannten Nationalpartei des Grafen Apponyi anzubahnen. Ob freilich eine solche Verschmelzung zweier Parteien auf die Dauer eine Stärkung der Regierungsmehrheit bedeuten würde, ist sehr fraglich. Die Erfahrungen, die man in anderen Staaten mit solchen Parteiverschmelzungen gemacht hat, lehren das Gegentheil.

Dem französischen Ministerium Loubet ist der Panamaskandal nun doch verhängnißvoll geworden. Die Leiche des Barons Reinach hat ihm den Tod gebracht. Das Gerücht, daß Reinach keines natürlichen Todes gestorben sei, und ein zweites noch tolleres Gerücht, daß er überhaupt nicht gestorben, sondern entflohen, und daß statt seiner ein Sarg voll Steinen begraben worden sei, gab dem Abgeordneten de la Ferronnays Veranlassung, den Justizminister Ricard darüber zu interpelliren, warum er nicht die Obduktion der Leiche Reinach's angeordnet habe. Ricard verschanzte sich dahinter, daß die Gesetze ihm dazu nicht die formale Handhabe geboten hätten, forderte damit aber nur den lebhaften Widerspruch der Kammer heraus, dem auch Brisson, der Vorsitzende der Panama-Untersuchungskommission, Ausdruck gab. Dies benahm dem Ministerpräsidenten Loubet vollends die Lust, noch weiter zu regieren. In heftiger Weise forderte er, daß die Kammer über die Interpellation einfach zur Tagesordnung übergehen sollte. Als diese Forderung nicht durchdrang — die Kammer nahm mit großer Mehrheit ein Gegenantrag an —, da war das Schicksal des Kabinets besiegelt. Noch an demselben Tage nahm es seinen Abschied. Sein Nachfolger ist um die Erbschaft wahrlich nicht zu beneiden.

Deutschland.

Berlin, 2. Dezember.

Das neue konservative Programm. Der Vorstand des Wahlvereins der Deutschen Konservativen hat folgenden Entwurf, der dem Allgemeinen konservativen Parteitage zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden wird, festgestellt: Die Deutsche Konservative Partei, unter Aufrechterhaltung ihres Programms von 1876 hält es für geboten, in Anlehnung an diese bewährten Grundsätze zu den wesentlichen Aufgaben der Gegenwart in nachstehendem Programm Stellung zu nehmen:

„1. Wir wollen die Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung in Volk und Staat und erachten ihre praktische Bethätigung in der Gesetzgebung für die unerläßliche Grundlage jeder gesunden Entwickelung. Staat und Kirche sind von Gott verordnete Einrichtungen; ein Zusammenwirken beider ist die nothwendige Vorbedingung zur Gesundung unseres Volkslebens. Wir erkennen einerseits dem Staate das Recht zu, kraft seiner Souveränität, sein Verhältniß zur Kirche zu ordnen; andererseits wollen wir keinen Gewissenszwang und deshalb kein Uebergreifen der staatlichen Gesetzgebung auf das Gebiet des inneren kirchlichen Lebens. In diesem Sinne werden wir auch für das gute Recht der evangelischen Kirche auf selbständige Regelung ihrer inneren Einrichtungen eintreten. Die konfessionelle christliche Volksschule erachten wir für die Grundlage der Volkserziehung und für die wirksamste Bürgschaft gegen die zunehmende Verwilderung der Massen und die fortschreitende Auflösung aller gesellschaftlichen Bande. Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler. Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus. 2. Wir wollen die für unser Vaterland gewonnene Einheit auf dem Boden der Reichsverfassung in nationalem Sinne stärken und ausbauen. Wir wollen, daß innerhalb dieser Einheit die berechtigte Selbständigkeit und Eigenart der einzelnen Staaten und Stämme gewahrt werde. Wir wollen in Provinz, Kreis und Gemeinde eine Selbstverwaltung erhalten, gegründet nicht auf das allgemeine Wahlrecht, sondern auf die natürlichen Gruppen und organischen Gliederungen des Volks. 3. Wir wollen die Monarchie von Gottes Gnaden unangetastet erhalten wissen und bekämpfen, bei gesetzlich gesicherter bürgerlicher Freiheit für alle und bei wirksamer Betheiligung der Nation an der Gesetzgebung, jeden Versuch, die Monarchie zu Gunsten eines parlamentarischen Regiments zu beschränken. 4. Wir können nur eine solche Weiterbildung unseres öffentlichen und privaten Rechtes als fortschrittlich anerkennen, welche, auf den realen und geschichtlich gegebenen Grundlagen fußend, den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht wird und damit die Stetigkeit unserer gesammten politischen, socialen und geistigen Entwickelung sichert. Wir erwarten, daß das neue bürgerliche Gesetzbuch von deutsch-nationalem Rechtsbewußtsein getragen werde. 5. Für die gebotene Sparsamkeit bei allen öffentlichen Ausgaben in Reich und Staat treten wir ein zur Erhaltung der wirthschaftlichen Wohlfahrt und der Steuerkraft des Volkes. 6. Wir sehen in der vollen Wehrkraft des Deutschen Volkes eine unerläßliche Bedingung für die Machtstellung der Nation und für die Erhaltung des Friedens. 7. Die maßvolle Fortführung einer zielbewußten Kolonialpolitik unter dem Schutze des Reiches werden wir unterstützen. 8. Wir stehen auf dem Boden der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881, welche die Grundsätze des praktischen Christenthums in der Gesetzgebung zur Geltung bringt. Die auf Grund dieser Botschaft erlassenen Gesetze betreffend die Einrichtung von Krankenkassen, die Versicherung gegen Unfall und die Invaliditäts- und Altersversicherung bedürfen der Vereinfachung. Wie wir für die Besserung der Lage der Arbeiter, unter erheblicher Belastung der Arbeitgeber, eingetreten sind, so halten wir nach wie vor die Stärkung des Mittelstandes in Stadt und Land und die Beseitigung der Bevorzugungen des großen Geldkapitals für die dringendsten Aufgaben der Socialpolitik. Wir fordern ein wirksames Einschreiten der Staatsgewalt gegen jede gemeinschädliche Erwerbsthätigkeit und gegen die undeutsche Verletzung von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr. 9. Wir erstreben eine Gestaltung des Erb- und Familienrechtes, welche die Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes gewährleistet. Die Einführung einer zweckentsprechenden Heimstätten-Gesetzgebung für den kleineren Grundbesitz und die Ueberführung der auf dem Grundbesitz lastenden Hypotheken-Verschuldung in zu amortisirende Rentenschuld erachten wir als wünschenswerth. 10. Für die Landwirthschaft, welche unter der Ungunst des Weltmarktes, der internationalen Währungsverhältnisse und der inneren wirthschaftlichen Entwickelung leidet, ist der bestehende Zollschutz aufrecht zu erhalten, im weiteren aber ein ausreichender Zollschutz für die Zukunft anzubahnen; auch ist für die Umgestaltung der Gesetzgebung betreffend den Unterstützungswohnsitz im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit Sorge zu tragen. 11. Für die Industrie ist der durch die Konkurrenz des Auslandes bedingte Zollschutz aufrecht zu erhalten und, wo nöthig, zu verstärken. 12. Für das Handwerk erscheint vornehmlich die Einführung des Befähigungsnachweises, die Stärkung der Innungen und Innungsverbände, die Begründung und Förderung genossenschaftlicher Vereinigungen geboten. Redlicher Handel und Gewerbebetrieb ist zu schützen durch Beschränkung und Beaufsichtigung des Hausirhandels und der Abzahlungsgeschäfte, sowie durch die Beseitigung der Wanderlager und der Wanderauktionen. 13. Die Börsengeschäfte sind durch eine Börsenordnung wirksamer staatlicher Aufsicht zu unterstellen; insbesondere ist dem Mißbrauch des Zeitgeschäftes als Spielgeschäft, namentlich in den für die Volksernährung wichtigen Artikeln entgegen zu treten. 14. Die Anhänger der Socialdemokratie und des Anarchismus, deren vaterlandslose und auf den Umsturz gerichtete Bestrebungen weite Kreise unseres Volkes gefährden, sind als Feinde der staatlichen Ordnung durch die Gesetzgebung zu kennzeichnen und demgemäß mit den Machtmitteln der Staatsgewalt zu bekämpfen. 15. Einer gewissenlosen Presse, welche durch ihre Erzeugnisse Staat, Kirche und Gesellschaft untergräbt, ist nachdrücklich entgegen zu treten. Hochhaltung von Christenthum, Monarchie und Vaterlandsliebe, Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit, Wahrung berechtigter Autorität, das sind die obersten Grundsätze, welche die Deutsche Konservative Partei auf ihre Fahne geschrieben hat."

III. Endlich ist das Werk gelungen! Der Vorstand des konservativen Wahlvereins hat den neuen Programm-Entwurf fertig und übergibt ihn der Oeffentlichkeit. Die liberale Presse überhäuft ihn mit Hohn, was nicht unbedingt ein Zeichen seiner Werthlosigkeit ist. Der Entwurf bedeutet ein Fiasko, versichert die „Nat.-Zeitung", und die „Voss. Ztg." findet, daß darin zum Theil unvermittelte oder nur schwer verhüllte Gegensätze nebeneinander stehen. Allerdings ist es eine Merkwürdigkeit, daß die konservative Partei fortan zwei Programme haben soll, nämlich das von 1876, welches bestehen bleiben soll, und das neue, welches sich an jenes anlehnt. Man hat also, wenn man konservativ sein will, die Auswahl zwischen beiden, und wie es scheint, gibt es in der Partei ja auch zwei Richtungen, von denen die eine, die vorwiegend im Reichstage vertreten ist, sich mit dem alten begnügen will, die andere mit dem neuen besser zu fahren glaubt. Das findet auch der konservative „Reichsbote", der sich eben so wenig wie die „Kreuzztg." heute schon zu dem Inhalte des Entwurfs äußerte, bedenklich, weil es zu Streitigkeiten führen könne. Man hätte jedenfalls das alte Programm nicht beibehalten, wenn nicht von einem Theil der Partei das Bedürfniß nach einem neuen entschieden geleugnet würde, und so wird denn eine Einigung über den Entwurf kaum zu erzielen sein. Insofern mag man von einem „Fiasko" sprechen. Andererseits haben diejenigen einen Erfolg aufzuweisen, die eine entschiedenere Stellung zur Judenfrage forderten. Hierin liegt das wesentliche Neue des Entwurfs, das Uebrige ist nur eine detaillirte Aufzählung von wirthschaftlichen Forderungen der Partei. Gegen die Sätze über die Judenfrage richtet sich auch der ganze liberale Zorn. „Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus" und „wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Geist", sind recht vieldeutige Sätze; desto unzweideutiger ist aber der Satz: „Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schulen." Das bedeutet also: Entfernung der Juden aus, oder wenigstens nicht weitere Zulassung der Juden zu den Verwaltungsämtern (wo ihrer wenig sein dürften), den Richterstellen (wo ihrer bedenklich viele sind), den Gymnasien und Realschulen und wohl Universitäten (wo sie äußerst zahlreich sind). Es fragt sich nur, wie die Forderung durchgeführt werden soll. Verfassung und Reichsgesetz geben den Juden gleiche Rechte zur Bekleidung öffentlicher Aemter und Ehrenstellen wie allen anderen Konfessionen. Daß die Verfassung und das Gesetz geändert werden soll, sagt das Programm nicht. Soll die Forderung auf dem Verwaltungswege durchgeführt werden, so würden die ausführenden Minister doch wohl nicht allein schweren Angriffen der judenfreundlichen Parteien ausgesetzt sein, sondern auch in Gewissensbedrängnisse gerathen. Die „Nat.-Ztg." hat also nicht Unrecht, wenn sie von bloßen „agitatorischen Reviersorten" und einer „Absurdität" spricht, sofern die Konservativen nicht die Abschaffung des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1869 beantragen würden. Sie werden es aber wohl nicht thun. Weniger berechtigt ist die Behauptung der „Nat.-Ztg." von der „Herrschaft des Klerus in der Volksschule" und von der „Freiheit der Volksschule" sei in dem Programm keine Rede. Es genügt doch wohl die unzweideutige Forderung der „konfessionellen christlichen Volksschule". Darin liegen alle die Schrecken des Zedlitz'schen Entwurfs, die die „Nat.-Ztg." heraufbeschwört, vollständig verborgen. Die entschiedene Betonung des Christenthums in dem Programm macht überhaupt einen guten Eindruck. Als Katholiken können wir freilich den Satz nicht unterschreiben, daß dem Staate das Recht zustehe, kraft seiner Souveränität sein Verhältniß zur Kirche zu ordnen; alle Bedenken sind auch nicht mit dem Zusatze beseitigt, daß kein Gewissenszwang und kein Uebergreifen der staatlichen Gesetzgebung auf das Gebiet des innern kirchlichen Lebens stattfinden dürfe. Die Abneigung gegen das allgemeine Stimmrecht in Provinz, Kreis und Gemeinde hätte nicht gerade so betont zu werden brauchen, denn mit den „natürlichen Gruppen" und „organischen Gliederungen" hat es wohl vorerst noch weite Wege und man geräth in den Verdacht, auch im Reiche das allgemeine Wahlrecht beseitigen zu wollen. Ein „parlamentarisches Regiment" gehört bei uns vorerst zu den Utopien; eine Verwahrung dagegen war also nicht so dringend nöthig. Der größte Theil des Programms besteht in der Aufzählung von Forderungen zu Gunsten des Mittelstandes (Handwerker, Bauern 2c.) Man kann damit im Allgemeinen einverstanden sein, wenn sich auch über den Werth des Befähigungsnachweises und höherer Kornzölle streiten läßt. Auffallenderweise enthält der Entwurf keine einzige Forderung zu Gunsten der Arbeiter. Wir verstehen das nicht. Glauben die Konservativen die Gesetzgebung habe für die Arbeiter bereits alles gethan, was zu thun ist? Es scheint so, denn sie fordern bereits eine Rückwärtsrevidirung der Versicherungsgesetze, wenn sich diese Forderung auch in der nach „Vereinfachung" dieser Gesetze zu verstecken sucht. Die Partei befindet sich in einem verhängnißvollen Irrthum, wenn sie glaubt, die Arbeitergesetzgebung werde sich den Wünschen der Großgrundbesitzer des Ostens in der Weise anpassen müssen, daß die ländlichen Arbeiter keinen Anreiz verspüren, bessere Lebensbedingungen aufzusuchen, als die Besitzer ihnen zu bieten belieben. So eine specielle Forderung, wie Vereinfachung der Versicherungsgesetze, auch wenn sie gemeint ist, wie das Wort besagt, gehört überhaupt nicht in ein auf längere Dauer berechnetes Parteiprogramm. Ebenso dürfte es mit verschiedenen Einzelforderungen für den Mittelstand sein. Das Programm enthält dadurch den Charakter eines Wahlaufrufs. Selbstverständlich fehlt die Forderung einer wirksameren, staatlichen Beaufsichtigung der Börse und Einschränkung des Börsenspiels nicht. Möge es der Partei bald gelingen, die Forderung in die Praxis zu übersetzen. Die letzte Forderung lautet: „Einer gewissenlosen Presse, welche durch ihre Erzeugnisse Staat, Kirche und Gesellschaft untergräbt, ist nachdrücklich entgegenzutreten." Wir stimmen durchaus zu. Nur möchten wir den Konservativen nicht so unbedingt die Entscheidung überlassen, was „gewissenlos" in Untergrabung von Kirche, Staat und Gesellschaft ist. Unsere bisherige Preßfreiheit möchte dann dahin sein.

— Mit der Branntweinsteuer-Novelle soll die Gewährung der Ausfuhr-Vergütung auf diejenigen im freien Verkehr erzeugten Trinkbranntweine ausgedehnt werden, welche in der Gestalt schon von der Brennerei hervorgebracht werden und deshalb unter den Begriff Fabrikate aus Branntwein nicht zu ziehen sind. Ferner ist eine Ermäßigung der Materialsteuer für die kleinen Landwirthe geplant, welche die von ihnen geernteten Obstmengen und Weintrester als Branntwein verarbeiten.

— Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses nahm die vier ersten Paragraphen des Ergänzungssteuergesetzes unverändert an.

— Eine heute Vormittag von den „Unabhängigen" in die Brauerei zu Friedrichshain einberufene Versammlung der Arbeitslosen Berlins wurde polizeilich aufgelöst. Anwesend waren ca. 1800 Personen. Die Auflösung erfolgte, als ein Arbeiter rief, durch öffentliche Kundgebungen die Behörden an die Noth der Arbeitslosen zu erinnern. Eine große Anzahl Polizisten vertrieb die Menge.

— Mit der „mißbräuchlichen Agitation, welche mit dem Apostolischen Glaubensbekenntniß getrieben wird," beschäftigte sich gestern Abend eine von etwa 200 Männern besuchte Versammlung, welche von der Berliner „kirchlich liberalen Partei" einberufen worden war. Der bekannte Führer dieser Partei, Kammergerichtsrath Schröder, hielt die Hauptrede, deren Inhalt — ein Aufguß der altbekannten liberalen Phrasen von Geistesfreiheit und Geistesknechtung — keine eingehende Würdigung verdient. Nur zwei Punkte seien hervorgehoben: die Klage, daß den Liberalen in Wittenberg kein Platz eingeräumt worden sei, obwohl gerade sie vom Geiste Luthers beseelt seien, und dann der Ausdruck der „Ueberraschung," die der Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrathes den Liberalen bereitet hat. Wenn dabei gesagt wird, der Erlaß trage die unsicheren Züge, welche heute nach vielen Richtungen hin das behördliche Verhalten zu bestimmen scheinen, so ist dies nicht unrichtig. Der Erlaß machte thatsächlich nach der orthodoxen Seite eine Verbeugung; endlich aber will man auch dem Liberalismus nicht zu Leibe gehen. Schließlich nahm die Versammlung eine Resolution an, in der es u. A. heißt: „Wir verwahren uns gegen die Auffassung des Apostolikums als eines völlig zutreffenden Ausdrucks des evangelischen Glaubens, sowie gegen alle katholisirenden Versuche der Einführung eines Bekenntnißzwanges, in der Befürchtung, daß damit die Wahrhaftigkeit und Freiheit der Kirche gefährdet wird." Was verstehen denn die Herren unter der „Kirche," wenn sie weder für ihr Glauben noch ihr Handeln eine Autorität anerkennen wollen, nach der sie sich in diesen Beziehungen zu richten hätten?

Wilhelmshafen, 2. Dez. Die Hamburger Packetfahrtgesellschaft hat in Folge von neuen beschwerlichen Einwanderungsbestimmungen die Expedition der Schnelldampfer ab hier eingestellt.

Dresden, 2. Dez. Der Kaiser traf Nachmittags 4 Uhr bei der Haltestelle Strehlen ein; er wurde auf dem Bahnhof vom König von Sachsen und dem Prinzen Georg von Sachsen empfangen und nach dem Schlosse geleitet.

Essen, 2. Dez. Der heutige Termin in Sachen Eisenbahnverwaltung gegen Redakteur Fusangel wurde vor Eintritt in die Verhandlung aufgehoben.

München, 2. Dez. Prinz Karl, der zweite Sohn des Prinzen Ludwig, welcher seit Kurzem großjährig ist (geboren 1. April 1874), ist seit Montag von hier abwesend, und es ist unbekannt, wohin er sich gewendet. Die Vermuthung, daß der Prinz eine größere Fußwanderung mache, findet wegen der Umstände wenig Glauben. Die „Neuesten Nachrichten" melden, das Prinzenpaar sei in größter Betrübniß. Prinz Ludwig weilt in Spessart zur Jagd, die Prinzessin in Leutstetten.

Ausland.

Paris, 2. Dez. In einem Schreiben an die „Agence Havas" theilt Brisson mit, daß er auf die Kabinetsbildung verzichten müsse. Er habe dieselbe unter dem Zusammenwirken aller Fraktionen der republikanischen Partei angestrebt, allein die Ablehnung Casimir Perriers, in die Kombination einzutreten, und die Weigerung Bourgeois, das Ministerium des Innern zu übernehmen, hätten ihn bewogen, von der Bildung eines Kabinets Abstand zu nehmen.

Nachdem Brisson die Bildung des Kabinets abgelehnt hatte, betraute Präsident Carnot Casimir Perrier mit der Bildung desselben.

Im Panama-Untersuchungsausschusse, wo Brisson den Vorsitz wieder übernommen hatte, wurde heute ein Schreiben des Generalstaatsanwalts Quesnay de Beaurepaire verlesen, in welchem dieser mittheilt, die Beschlagnahme von 26 Chefs des Hauses Thierre könne nur erfolgen, wenn eine Nachuntersuchung eingeleitet werde. Der Ausschuß könne aber dadurch Einsicht in die Chefs erhalten, daß der Polizeipräfekt deren Beschlagnahme veranlasse. Der ehemalige Abgeordnete Chantagrel sagt aus, man habe ihm 100,000 Franken geboten, falls er für die Panama-Anleihe stimmen werde, er habe aber abgelehnt. Sodann wird nochmals der Deputirte Proust vernommen. Er gesteht jetzt ein, 13,000 Franken von der Panamagesellschaft genommen zu haben, behauptet aber, dazu berechtigt gewesen zu sein.

Lüttich, 2. Dez. Die Nacht ist in Herlez und Tilleur ohne Störung durch die Ausständigen ruhig verlaufen. Einer der Verwundeten ist Nachts gestorben; auch der Zustand der anderen Verwundeten ist nicht unbedenklich. In den Bergwerken des Bassin Lüttich wurde heute gearbeitet; dagegen blieben die Arbeiter von Herlez ausständig. Der Staatsanwalt ist in Tilleur eingetroffen und hat die Leichenschau des gestern erschossenen Bergmannes angeordnet. Demnächst soll eine Zusammenkunft der Vertrauensmänner der Ausständigen mit dem Bergwerksdirektor stattfinden.

London, 2. Dez. Dem „Standard" zufolge soll der französische Botschafter in Konstantinopel die Vertreter der übrigen interessirten Mächte zu einer Konferenz betreffs des Schutzes der Katholiken im Osten einladen.

Die Morgenblätter veröffentlichen beunruhigende Nachrichten aus Samoa, wonach Eingeborene englische Staatsangehörige angegriffen hätten; ein britisches Schiff sei nach Apia abgegangen.

Madrid, 2. Dez. In Folge der zunehmenden Gährung ist die Stadt militärisch besetzt, die ganze Garnison ist konsignirt. Die Regentin nahm die Demission des Präfekten und des Bürgermeisters an; die Tagesblätter bedauern dies lebhaft. Graf Penal wurde zum Präfekten ernannt. Er untersagte die für gestern geplante Manifestation zu Ehren des demissionirten Bürgermeisters Marquis Cuba. Trotzdem sammelten sich große Menschenmengen auf der Puerta del sol und auf der Alcala und zogen nach dem Königspalast. Die Gendarmerie griff die Menge an und zerstreute die Manifestanten. Alle Läden sind geschlossen. Die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen.

Belgrad, 2. Dez. Zwischen dem Finanzminister und dem Kriegsminister sind wegen des Kriegsbudgets ernste Differenzen aufgetaucht. Ein mehrstündiger Ministerrath hat stattgefunden, worin eine Ausgleichung der Differenzen nicht gelungen ist. Das Kabinet hat formell noch nicht demissionirt, seine Stellung ist jedoch unhaltbar. Ohne Zweifel nimmt die Regentschaft die Demission an. In politischen Kreisen ist man nicht überrascht, da Nikic jüngst mit hervorragenden Persönlichkeiten der radikalen Partei konferirte.

In Palanka stürmten die Liberalen das Rathhaus, um den radikalen Gemeinderath zu vertreiben.

Kairo, 2. Dez. Wie der „Times" gemeldet wird, haben sich die Streitkräfte der Derwische bei Dongola vermehrt; eine Abtheilung von 300 Mann hat die ägyptischen Posten bei den Brunnen von Marab angegriffen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. Dezember.

Im Reichstage setzte heute bei Beginn der ersten Lesung des Etats zunächst der Abg. Buhl (ntl.) [illegible] er kam vorweg auf die Militärvorlage. Auf eine so weitgehende Forderung habe man nicht gefaßt sein können. Die Nationalliberalen seien jetzt wie früher bereit, für unsere Wehrkraft einzutreten, soweit es ohne Gefährdung der wirthschaftlichen Interessen möglich sei, aber es sei doch ernstlich zu erwägen, ob dies bei der Vorlage der Fall sei, die zweijährige Dienstzeit würde eine hohe wirthschaftliche Bedeutung haben. Tief betrübt hätten ihn die Ausführungen des „Militär-Wochenblattes" über die Landwehr. Er bedauere, daß so etwas in Preußen möglich sei, wo man sich an die Leistungen der Landwehr hätte erinnern sollen. (Lebhafte Zustimmung links.) Anzuerkennen sei, daß eine Verjüngung der Armee und Schonung der verheiratheten Leute im Kriegsfalle eine sehr große Errungenschaft sein würde. Verlange man nun für Neuformation solche Opfer, so hätte es sich empfehlen, in der inneren Organisation, namentlich soweit es sich um den Rechtsspruch handle, den begründeten Beschwerden der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen. Er bedauere deshalb auf das Lebhafteste, daß der Bundesrath auf die Initiative des Reichstages zur Reform des Militärstrafprozesses und Beschwerderechts nicht eingegangen sei. (Lebhafte Zustimmung links.) Bei aller Anerkennung der Vorzüge der Reform glaube er doch, daß sie in dem verlangten Umfange nicht durchführbar sei. Sie würde eine Steigerung der dauernden Lasten und der Schuldenzinsen mit sich bringen, die gerade in den jetzigen Zeiten der wirthschaftlichen Depression sehr schwer drücken würde. Das Unteroffiziers- und Offiziersmaterial würde sich auch nicht im nöthigen Umfange finden. Die zweijährige Dienstzeit würde gesetzlich festgelegt werden müssen. Auf den Etat selbst eingehend führte Redner aus, daß sich durch Minderung der Unifizirung, die aber nicht allein aus finanziellen Gründen wünschenswerth sei, Ersparnisse erzielen ließen. Die Behandlung der Berliner Weltausstellungsfrage seitens der Regierung habe in weiten Kreisen Mißstimmung erregt. Bei der Ausführung der Gewerbegesetznovelle müsse man vorsichtiger vorgehen, denn eine zu weitgehende Beschränkung der Gewerbefreiheit würde die Arbeiter selbst schädigen. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Die Ausgaben für die Marine müßten beschränkt werden. Die Ausgaben dürften nicht weiter steigen, als es die Entwicklung der Einnahmen zulasse.

Der Reichskanzler Graf Caprivi dankte dem Redner für die Art und Weise, wie er die Militärvorlage gegenüber habe. Er könne sich nichts besseres wünschen, als daß sie sachlich geprüft werde. Wenn er, führt der Reichskanzler dann fort, geglaubt hat, daß ein Mangel an Offizieren und Unteroffizieren sich herausstellen würde, so würden wir im Stande sein, diese Behauptung zahlenmäßig zu widerlegen; wir glauben aber, daß dieser arithmetische Nachweis besser in die Kommission als in die Etatsberathung gehört. Er hat dann unsere Repräsentation bei den Columbusfesten in Italien und Spanien erwähnt. Ihm ist dabei ein Irrthum untergelaufen, wenn er annimmt, wir seien in Spanien gar nicht vertreten gewesen. Dasselbe Schiff, das uns in Italien vertrat, hat uns auch in Spanien vertreten. Ich gebe zu, daß es politisch wünschenswerth gewesen wäre, mit einer größeren Anzahl von Schiffen erscheinen zu können; wir mußten uns aber bei der numerisch geringen Ausbildung unserer Marine Reserve auferlegen, umsomehr als das Fest in die Zeit der Uebungen fiel, die ohne wesentliche Störungen nicht unterbrochen werden konnten. Ich glaube auch, daß die Repräsentation mit einem schönen, gut bemannten Schiffe eine Deutschlands vollkommen würdige gewesen ist. Andere Staaten, wie Rußland, waren gar nicht vertreten. Wir haben von der italienischen und spanischen Regierung einen warmen Dank für die Art und Weise, wie wir beim Feste erschienen sind, erhalten. Was die Resolutionen des Reichstags über den Militärstrafprozeß und das Beschwerderecht angeht, so ist der Beschluß, der letzteren keine Folge zu geben, nur aus formalen Gründen zu Stande gekommen; die Handhabung des Beschwerderechts gehört zur Kommandogewalt, und in dieser ist der Bundesrath nicht kompetent. Sachlich hat der Bundesrath über die Resolution nicht geurtheilt. Was die andere Resolution an-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

geht, so ist auch sie nicht zurückgewiesen, sondern dem Reichskanzler überwiesen worden. Mir ist damit die Pflicht auferlegt, dafür zu sorgen, daß ihr Folge gegeben wird, und das wird geschehen. Die Angelegenheit liegt zur Zeit in den Händen der preußischen Militärverwaltung. Ich darf annehmen, daß sie das nächste Jahr dieses Haus beschäftigen wird, und hoffe, daß wir dann zu einem allseits befriedigenden Resultat kommen werden.

Abg. Liebknecht fand, daß die Ausführungen Buhl's trotz seiner Bedenken die Bereitwilligkeit zur Annahme der Militärvorlage hätte erkennen lassen. Die Darstellung Buhl's bezüglich des Etats, der Enthüllungen und Beschönigungen entkleidet, komme man auf den Satz: der Etat trägt die Signatur: Pump und Defizit. Man solle nicht glauben, daß der wirthschaftliche Niedergang ein vorübergehender sei. Auch wenn die Mac Kinley-Bill aufgehoben werde, würden wir nicht besser fahren. Amerika würde uns über kurz oder lang den Markt Chinas und Asiens entreißen und uns schließlich bei uns selbst Konkurrenz machen. Die Entwickelung bedinge jedes Land auf den Absatz im eigenen Lande hin, unser Wirthschaftssystem aber gehe darauf aus, die Kauffähigkeit im Innern zu vernichten, die ganze Bevölkerung durch den Raubbau immer elender zu machen. Der Mittelstand sei im Untergang begriffen, der kleine Betrieb werde vom Großbetrieb verschlungen, das liege in der Natur des Kapitalismus. Durch die Gesetzgebung werde dieser Prozeß noch beschleunigt. Wolle man dem Handwerk helfen, so müsse man den Kapitalismus wieder in die Eierschale zurückbringen, aus der er vor 100 Jahren hervorgekrochen sei. Sie (rechts) täuschen die Handwerker blos, während wir ihnen die Wahrheit sagen. Die sociale Frage rückt Ihnen jetzt schon auf den Leib, dafür ist das Eindringen des Antisemitismus in Ihre Reihen ein Beweis. Der Antisemitismus ist eben der Socialismus der dummen Leute. Wenn sie den Schwindel einsähen, der mit der Judenhetze getrieben werde, dann würden sie Socialisten. Der Kapitalismus habe die Menschheit derartig zerklüftet, daß man sagen könne, wir sind jetzt schon zur Auflösung gelangt. Bald würden wohl Hunderte von Millionen gefordert werden müssen, um dem tiefsten Elende zu steuern, und da komme man mit einer solchen Militärvorlage, die auch nur als Abschlagszahlung betrachtet werden könne. Niemals sei ein wahnwitzigerer Satz ausgesprochen als der: si vis pacem, para bellum. Mit dem Wettrüsten erreiche man nichts als die Ausblutung der Völker. Wo der Staat nicht Krieg führe gegen das eigene Volk, sei ein gewaltiges stehendes Heer nicht nöthig. Mit Unrecht bezeichne man die Vorlage als die Ausführung des Scharnhorst'schen Gedankens; dieser sei darauf hinausgegangen, das ganze Volk wehrhaft zu machen. Würden wir den Gedanken auf die Weise der Vorlage verwirklichen, so brauchten wir über eine Milliarde jährlich. Das Miliz-System sei dem Militärsystem überlegen, aber man wolle aus politischen Gründen den „militärischen Geist" nicht verschwinden lassen, der den Soldaten ohne Bedenken auf Vater, Mutter und Bruder schießen lasse. Die politische Begründung der Vorlage sei ebenfalls nicht erbracht worden. Fast sehe es aus, als sei der Dreibund nicht geschlossen, damit er uns stütze, sondern damit wir ihn stützen. Auch mit der Wiederherstellung Polens müsse man als mit einem wichtigen Faktor rechnen. Der Redner kam dann auf die Emser Depesche. Das neue Aktenstück, welches der Reichskanzler vorgebracht habe, ändere an der Schuld Bismarck's nichts. Es beweise, daß dieser so verfahren sei, wie er gesagt habe. Der König von Preußen sei so wenig beleidigt gewesen, daß er am folgenden Tage Benedetti durchaus freundlich auf dem Bahnhofe empfangen habe. Damit, daß der Krieg doch gekommen wäre, könne man die That Bismarck's nicht rechtfertigen, wir hätten sonst eine Verbrechermoral. Der Wiederkehr solcher Dinge müsse vorgebeugt werden durch radikale Umgestaltung der politischen und wirthschaftlichen Verhältnisse. Mit dem Militarismus müsse gebrochen werden, sonst gehe Deutschland zu Grunde. Wenn Deutschland sich bereit erkläre, zum Milizsystem überzugehen, wenn andere Staaten folgen, so würde keine Regierung dem Verlangen des Volkes widerstehen können. Er hoffe, daß die Regierung zur Auflösung des Reichstages getrieben werde, dann werde sich zeigen, daß die Socialdemokraten mit ihrem Widerstande gegen die Militärvorlage die Stimmung des Landes vertreten. Den Etat angehend, bleibe seine Partei bei der Sache: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Das Volk solle zusehen, daß der Schaden, den das Vaterland schon durch den Militarismus erlitten habe, nicht noch weiter greife und das Vaterland verloren gehe. (Beifall bei den Socialdemokraten. Zischen rechts.)

Der kons. Abg. Dr. Freege suchte den Fürsten Bismarck gegen die Angriffe Liebknecht's zu vertheidigen und behauptete, nur bei den unreifen Jungen in den großen Städten finde die Socialdemokratie Förderung. Zur Militärvorlage jetzt schon Stellung zu nehmen, lehne er ab, er erkläre nur, daß seine Partei ihr Votum von den Aufklärungen, welche die Militärverwaltung dazu werde geben können, abhängig mache. Auf die Steuerprojekte eingehend erklärte er sich mit dem Verzicht auf die Erhöhung der Tabaksteuer durchaus einverstanden. Gegen die Börsen- und Brausteuer hätte er durchaus nichts einzuwenden, wünschte vielmehr, die großen Brauereien noch schärfer herangezogen zu sehen. Dagegen bekämpfte er die Ermäßigung des Privilegs der landwirthschaftlichen Brennereien als eine Entschädigung der Landwirthschaft. Wenigstens müsse die Differenz von 20 Mk. zwischen dem kontingentirten und nicht kontingentirten Branntwein nöthigenfalls durch Erhöhung des Satzes von 70 auf 75 Mk. wiederhergestellt werden. Das Anwachsen der Marine-Forderungen empfinde auch seine Partei lästig und einige Abstriche würden wohl gemacht werden können. Beim Postetat bemängelte er, daß zu viel Geld verbaut würde. Selbstverständlich kam auch der Redner auf die Währungsfrage, um zu behaupten: hätten wir nicht die Goldwährung, so wäre Geld genug zur Deckung der Militärvorlage vorhanden. Freitag wird die Berathung fortgesetzt.

Berlin, 2. Dezember.

Bei der Fortsetzung der Etatsberathung lehnt Koscielski (Pole) für jetzt eine Stellungnahme zur Militärvorlage ab. Da die Polen die ärmsten Landestheile Deutschlands vertreten, sei für sie eine genaue Prüfung der Regierungsforderungen geboten. Redner verwahrt die Polen gegen die Angriffe in der Presse. Die Polen wollten keinen Krieg mit Rußland, werden aber, wenn der König rufe, ihre Pflicht thun. Sie danken Gott, daß sie dann unter keiner anderen Fahne zu kämpfen haben.

Abg. Haußmann (Volkspartei) rühmt die konciliantere Formen der gegenwärtigen Regierung und fordert die Aufgabe der Kolonialpolitik. Hätte die Regierung nur die zweijährige Dienstzeit gebracht und die dadurch bedingte Erhöhung der Rekrutenziffer gefordert, so hätte sie das ganze Land hinter sich. Die Bewilligung der Militärvorlage jetzt auszusprechen, könnte uns Hunderte von Millionen kosten.

Reichskanzler Graf Caprivi bestreitet die militärische Sachkenntniß des Abg. Richter. Die Opposition sollte doch den Wählern auch die Gründe der Regierung für die Vorlage mittheilen. Die Militärvorlage sei geeignet, die socialdemokratische Agitation einzuschränken und entspreche der preußischen Devise: suum cuique. Die socialdemokratischen Forderungen seien nur auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse zu verwirklichen.

Abg. Frhr. v. Schalscha (Centrum) beklagt die Nothlage der Landwirthschaft, nur die Aenderung der Währung könne da helfen.

Abg. Rickert ist darüber erfreut, daß alle Parteien die Einschränkung des Marineetats verlangen. Die jetzige Leitung der Auswärtigen Politik genieße das Vertrauen von Europa in hohem Maße. Es sei Chauvinismus, wenn jetzt gegen Rußland gehetzt werde. Die Freisinnigen hätten keinen Anlaß, den Reichskanzler persönlich anzugreifen. Die Militärvorlage habe allgemein überrascht und eine große Mißstimmung im Lande hervorgerufen. Die Erfolge Sigls im Wahlkreise Kelheim rühren von der Gegnerschaft gegen die Militärvorlage her. Eine Erhöhung der indirekten Steuern im Reiche bei gleichzeitiger Steuerreform in Preußen sei unmöglich. Er spricht sich für Handelsverträge aus.

Reichskanzler Graf Caprivi verwahrt den Bundesrath gegen den Vorwurf des Abgeordneten Rickert, daß er die finanziellen Rücksichten unbeachtet lasse. Das Reichsschatzamt prüfe die Forderungen der einzelnen Ressorts gründlich. Abgeordneter Richter habe kürzlich wiederholt verletzend geäußert, es sei sein (Caprivi's) Verdienst, daß von der neuen Tabaksteuer Abstand genommen worden sei. Die Besorgniß wegen Mangels an militärischem Ausbildungspersonal sei unbegründet. Hätte man den Wählern im Wahlkreis Kelheim gesagt, die Militärvorlage wolle die zweijährige Dienstzeit und die Schonung der verheiratheten Leute, so wären dieselben vielleicht anderer Ansicht geworden.

Abg. Bebel sagt, bei den Konservativen löse sich die himmlische Dreieinigkeit in eine irdische, nämlich Thron, Altar und Geldsack, auf. (Pfuirufe. Redner wird zur Ordnung gerufen.) Das neue Auswanderungsgesetz werde der Socialdemokratie nur neue Schaaren zuführen.

Damit ist die erste Lesung des Etats beendet. Nächste Sitzung morgen. Auf der Tagesordnung steht die lex Heinze und der Invalidenfondsnovelle.

Baden.

Karlsruhe, 3. Dez. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 24. November d. J. gnädigst geruht, den Oberregierungsrath Dr. August Lydtin und den Regierungsrath Max Märklin beim Ministerium des Innern, Ersteren zum Vorsitzenden, Letzteren zum Vorstandsmitglied und stellvertretenden Vorsitzenden der Verbandsverwaltung der Rindviehversicherung im Nebenamt zu ernennen.

Karlsruhe, 2. Dez. Das „Verordnungsblatt" Nr. 37 der Großh. bad. Zolldirektion enthält: Abänderung des § 17 Abs. 2 des Regulativs, betr. die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen 2c. Zwecken; die Herabsetzung der Mindestmenge bei der Ausfuhr alkoholischer Essenzen mit Anspruch auf Branntweinsteuervergütung betr.; die Abänderungen der Bestimmungen über die Statistik der Branntweinbrennereien und der Branntweinbesteuerung betr.; die Abfertigungsbefugnisse der Steuereinnehmerei Herbolzheim betr.; die Abfertigungsbefugnisse des Hauptsteueramts Lahr betr.; das Ergebniß der im Oktober d. J. stattgehabten Staatsprüfung für den höheren Finanzdienst betr.; Medaillenverleihung; Personalnachrichten.

* **Karlsruhe**, 3. Dez. Da die Hetze gegen die Jesuiten im Musterstaate Baden bald wieder losgehen soll, so ist es vielleicht nicht uninteressant, über das den Jesuiten thörichter Weise zugeschriebene Wort: „Der Zweck heiligt die Mittel" etwas Genaueres mitzutheilen. Einer der populärsten Kanzelredner aus dem Jesuitenorden, so schreibt Albert Wiesinger in dem von Dr. Max Oberbreyer herausgegebenen Werkchen: „Für und gegen die Jesuiten", war Pater Petrus Roh, der 1872 starb. Unter seinen Predigten ist namentlich jene Missionspredigt berühmt geworden, die er 1852 gehalten hat, denn er versprach damals von der Kanzel herab tausend Gulden einem Jeden auszuzahlen, der durch die juristischen Fakultäten von Heidelberg oder Bonn ein von einem Jesuiten verfaßtes Buch vorweisen könne, in welchem nach Urtheil der Fakultäten der infame Grundsatz enthalten sei: „Der Zweck heiligt die Mittel." — Es fand sich jedoch kein Gelehrter der Zeit, der ein solches Buch aufzufinden im Stande war, und deßhalb erklärte Pater Roh 9 Jahre später, nämlich 1861 zu Halle: „Ich erkläre jeden, der, ohne diesen Beweis erbracht zu haben, das alte Lied fortsingt, für einen ehrlosen Verleumder!" — Seitdem sind schon wieder volle 31 Jahre vorübergezogen, und noch immer hat sich der fragliche Gelehrte nicht gefunden! ... Inzwischen hat in der „Duisburger Volkszeitung" vom 26. Febr. 1890 der dortige Kaplan Richter für die Erbringung desselben Nachweises einen Preis von 1000 Mark ausgeschrieben, aber seit 2 Jahren hat sich für diese 1000 Mk. so wenig ein Bewerber gefunden, als sich seit 40 Jahren ein Bewerber um die 1000 Gulden des Pater Roh gefunden hat. Es scheint somit, daß die Herren der heutigen „Aufklärung" Geld genug haben, nur weiß ich nicht, ob sie auch Verstand genug besitzen. ...

* **Karlsruhe**, 3. Dez. Wie die „Bad. Presse" zu berichten weiß, wird der von der Redaktion der „Neuen Bad. Schulzeitung" zurückgetretene Hauptlehrer J. Erhardt in Handschuhsheim vom 1. Januar 1893 ab ein eigenes Schulblatt unter dem Titel „Badischer Schulbote" in dem Verlag der „Bad. Presse" (Ferd. Thiergarten) dahier herausgeben. Bei dem großen Vertrauen, meint die „Bad. Presse", deren Verleger an dem Gelingen des neuen Unternehmens natürlich ein großes Interesse hat, das sich Herr Erhardt seither als Schriftsteller auf pädagogischem Gebiete in weiten Kreisen erworben habe, sei sicher zu erwarten, daß das neue Schulblatt viele Freunde gewinnen wird, zumal tüchtige Schulmänner inner- und außerhalb unseres Landes ihre Mitwirkung bereits zugesagt haben. Eine Probenummer werde noch vor Mitte des Monats Dezember erscheinen. Auf eine Probenummer dieses „Bad. Schulboten" kann man füglich verzichten, denn weß Geistes Kind Herr Erhardt ist, hat er während seiner bisherigen Redaktionsthätigkeit an der „Neuen Bad. Schulzeitung" hinlänglich bewiesen. Auch über seine künftige Thätigkeit wird daher Niemand im Zweifel sein; deßgleichen ist anzunehmen, daß die ihn unterstützenden tüchtigen Schulmänner sich von ihrem Meister wenig unterscheiden. Im Interesse der badischen Lehrerschaft und der badischen Schuljugend möchten wir vom „Bad. Schulboten", so sehr auch dem Verleger ein einträgliches Geschäft zu gönnen ist, das Gegentheil erwarten, wie die „Badische Presse". Ueber den Grund des Rücktritts des Herrn Erhardt von der Redaktion der „Neuen Bad. Schulztg." ist uns noch nichts bekannt geworden; Amtsmüdigkeit scheint aber, wie das neue Unternehmen zeigt, nicht die Ursache gewesen zu sein; vielleicht lag diese mehr in der eigenthümlichen Art seiner Redaktionsführung.

* **Karlsruhe**, 3. Dez. Ueber die Mainzer Stadtverordnetenwahlen, die Dank der Bemühungen der „Konst. Ztg." und „Bad. Ldsztg." auch in Baden eine gewisse Berühmtheit erlangt haben, äußert sich ein hervorragender Mainzer Centrumsführer in der „Koblenzer Volksztg." folgendermaßen: „In Mainz bestehen fünf Parteien, von welchen drei: Centrum, Liberale und Socialdemokraten, sich an Zahl ungefähr die Wage halten. Die beiden anderen, die Demokraten und Deutschfreisinnigen, sind numerisch um Vieles schwächer. Außerdem gibt es in Mainz wie überall, eine Masse unzufriedener Elemente, die mit der schärfsten Oppositionspartei stimmen, ohne derselben principiell anzugehören. Es gibt ferner eine Masse indolenter Leute, die leider größtentheils zu uns zählen und den Grundsatz haben: Wenn drei Parteien, darunter die zwei größten, einig sind, so kommt's auf eine Stimme mehr oder weniger nicht an. Das waren bei der diesmaligen Wahl von 5470 Stimmberechtigten nicht weniger als 1720. Alle Parteien gehen nun von dem Grundsatze aus, daß keine die absolute Majorität auf dem Stadthause haben soll. Es finden deßhalb bei Stadtverordnetenwahlen stets Kartelle statt, in welchen die Zahl der jeder Partei zukommenden Sitze vereinbart wird, worauf jede Partei selbständig diejenigen Männer wählt, welche ihr Vertrauen besitzen und ihre Grundsätze repräsentiren. Damit wird einer Vermischung der Principien vorgebeugt. Die Kartell schließenden Parteien stellen dann hiernach den Wahlzettel auf, der als gemeinsamer Vorschlag gilt. Die Deutschfreisinnigen, welche in Mainz nur eine Abart des Liberalismus sind und bereits die ihrer geringen Zahl zukommenden vier Sitze besaßen, haben ihren Beitritt zum Kartell verweigert, weil sie mehr Sitze wollten. Sie haben zu diesem Behufe sich mit den Socialdemokraten alliirt und die Parole ausgegeben: „Hinaus mit den Ultramontanen!" Die Wahl der Socialdemokraten und der Deutschfreisinnigen wurde durch die Menge der unzufriedenen Elemente durchgesetzt, indem die socialdemokratischen Wahlzettel von 7 bis 800 auf 1517 Stimmen in die Höhe gingen. Das Centrum fiel durch, durch die Indolenz Derer, die da glaubten, es ginge auch ohne ihre Stimmen. Das Kompromiß selbst gibt zu keinen Befürchtungen Anlaß, vielmehr wird der Ausgang nur die Folge haben, daß bei der nächsten Wahl die indolenten Elemente aufgerüttelt werden. Die Abstimmungen in der Mainzer Stadtverordnetenversammlung pflegen in der Regel nicht nach geschlossenen Parteien stattzufinden, sondern nach subjektivem Ermessen. Principienfragen kommen nur sehr selten vor und nachdem die „Ultramontanen" festen Fuß in der Stadtverordnetenversammlung gefaßt haben, können sie sich nicht mehr über die anderen Parteien beklagen. Nur in Personalfragen zeigt sich zuweilen eine gewisse Gehässigkeit. Anders wird die Sache natürlich, wenn bei den im Januar stattfindenden sehr wichtigen Wahlen der Ausschüsse die Liberalen und Deutschfreisinnigen zusammen halten würden, um die „Ultramontanen" aus den Ausschüssen zu drängen. Dann würde der Krieg bis auf's Messer entbrennen und bei den nächsten Wahlen sollten die Herren wundersame Dinge erleben. Ist das aber nicht der Fall, so werden mit der Zeit die „Ultramontanen" ganz ruhig ihre Sessel wieder in Besitz nehmen."

○ **Vom Oberland**, 2. Dezember. Kaum ist der Jesuitenantrag wieder eingebracht, da sucht man schon überall in der liberalen und protestantischen Presse eine sog. Gegenagitation in's Leben zu rufen. Von einer Verwirklichung dieser zweifellos ernsten Absicht hat man bis jetzt aber nirgends etwas gehört. Bis das geschieht, kann man auch unsererseits unthätig sein. Sollten aber wiederum die bekannten Antijesuitenpetitionen auftauchen und in allen Bureaus, staatlichen Werkstätten und Schulhäusern 2c. kolportirt werden, dann werden auch die Katholiken ihrerseits wieder an's Werk gehen müssen.

⊖ **Vom Oberland**, 30. Nov. Im „Staufener Wochenblatt" (Amtsverkündiger) vom 26. ds. Mts. ist zu lesen, daß der Bürgerausschuß zu Staufen am 24. ds. Mts. den Antrag „Schenkung eines Platzes zur Erbauung einer evangelischen Kapelle an der Münsterthäler Straße zwischen dem Forsteigarten und dem Neumagen" einstimmig angenommen hat. Unser Amtsstädtchen zählte im Jahre 1880 nur 94, im Jahre 1890 aber schon 155 Protestanten, darunter natürlich der Herr Amtmann mit Familie. Wer aber meinen sollte, das komme von einer Zunahme der Bevölkerung Staufens her, der würde sich gewaltig irren, denn die Zahl der Katholiken daselbst ist in demselben Jahrzehnt von 1760 auf 1678 gesunken. Aehnlich verhält es sich mit der Stadt Kenzingen, welche bekanntlich vor zwei Jahren den Protestanten die dortige ehemalige Klosterkirche geschenkt hat. Dort ist die Zahl der Protestanten von 183 im Jahre 1880 auf 254 im Jahre 1890, also um 71 gestiegen, jene der Katholiken aber nur von 2281 auf 2297, also nur um 16 angewachsen. An diese beredten Zahlen und Thatsachen will ich nur zwei Fragen anknüpfen: Wo im badischen Lande ist es erhört worden, daß eine protestantische Mehrheit einer katholischen Minderheit einen Bauplatz oder gar eine Kirche geschenkt hätte? Und ist es nicht unbegreiflich, daß viele Katholiken und selbst manche Geistlichen die Wichtigkeit und Nothwendigkeit des Bonifatiusvereins nicht begreifen wollen?

? **Ettenheim**, 2. Dez. Sicherem Vernehmen nach wird unser Herr Abgeordneter Schättgen von Haslach an Mariä Empfängniß, den 8. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, hier in der im „Ochsen" stattfindenden Centrumsversammlung ein Referat über seine Reichstagsthätigkeit halten, wobei auch die Herren Landtagsabgeordneten Geistl. Rath Hennig von Kappel und Pfarrer Wacker von Zähringen sprechen werden.

Lokales.

Karlsruhe, 3. Dezember.

○ **Katholischer Lehrlingsverein.** Zum herannahenden Weihnachtsfeste möchte an dieser Stelle besonders auf den Lehrlingsverein aufmerksam gemacht werden. Während nämlich Jedermann ein Geschenk erhält, wird der Lehrling, besonders wenn er in der Fremde weilt, vergessen. Er ist kein Kind und kein Mann; er wird daher nirgends gezählt. Und doch, wie wohl thut ihm eine kleine Gabe. Es kommt dazu, daß nichts so sehr ihn an den Verein ankettet, als ein Weihnachtsgeschenk. Auch bitten wir nicht um theure Gegenstände, sondern um einfache, praktische Artikel, als Bücher, Kleidungsstücke, Spazierstöcke u. s. w. Gründe genug, die jungen Leute nicht zu vergessen und ihre Sache, welcher von bedeutenden Männern immer mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. Für den Verein selbst zum alltäglichen Gebrauch bittet man recht sehr, alte Spiele jeglicher Art, Bücher mit Erzählungen und Bildern, an den Verein abgeben zu wollen. Der Dank des Vereins soll all' den Gebern reichlich werden! Zur Entgegennahme von Geschenken sind bereit: die Agentur der Literarischen Anstalt, Herr Kurat Breitle, Rüppurrerstraße 64, Herr Graveur Fink, Herrenstraße 56 und Herr Präses Mußler, Rüppurrerstraße 64.

Hoftheater. Zur Feier des Geburtstages J. K. Hoheit der Großherzogin werden heute Samstag, den 3. d. „Die Meistersinger von Nürnberg" gegeben werden. Am Dienstag, den 6. wird als Neuheit die einaktige Oper von Ignaz Brüll „Gringoire" zusammen mit dem Ballet „Sonne und Erde" in Scene gehen. Die Rollen der Oper liegen in den Händen der Damen Königstätter und Friedlein und der Herren Cords, Rebe, Heller und Guggenbühler. Für Freitag, den 9. ist „Don Pasquale", für Sonntag, den 11. „Tannhäuser" angesetzt. Das Schauspiel bringt in dieser Woche zwei Neuheiten, am Sonntag, den 4., wie schon angekündigt, „Die Orientreise", am Donnerstag, den 8. das altindische Schauspiel „Vasantasena". Das letztere ist theilweise mit neuen Dekorationen und neuen Kostümen ausgestattet. Im Stadtgartentheater gelangt am Sonntag, den 11. „Krieg im Frieden" zur Aufführung. Für das Ende dieses Monats befindet sich ein historischer Lustspielabend, zusammengesetzt aus vier Stücken aus dem 16., 17., 18. und 19. Jahrhundert, in Vorbereitung. Mit Januar soll in Karlsruhe zum ersten Male Grillparzer's Trilogie „Das goldene Vließ" an zwei Abenden, in unmittelbarer Folge in Scene gehen.

— **Konzert.** Der Lieder- und Balladenabend des rühmlichst bekannten Künstlerpaares Josef und Gisela Staudigl, welcher Montag den 5. ds. im Museum stattfinden wird, dürfte einen außergewöhnlichen Besuch erfahren, die Nachfrage nach Billeten in der Do('schen Musikalienhandlung ist eine sehr lebhafte. Herr Pianist Eduard Reuß hat in freundlicher Weise die Klavierbegleitung übernommen und dadurch das Interesse für das Konzert noch erhöht. Den Kunstfreunden steht also ein ganz besonderer Genuß bevor.

* **Konzert Liese.** Morgen, Sonntag, den 4. Dez., wird die Kapelle des hiesigen Artillerieregiments unter Leitung ihres bewährten Kapellmeisters, Herrn Liese, in der Festhalle das erste Operetten-, Possen- und Ballet-Konzert dieser Saison veranstalten. Freunde heiterer und gut ausgeführter Musik verfehlen wir nicht auf dieses Konzert aufmerksam zu machen.

Sehm. **Mittheilungen aus der Stadtrathssitzung** vom 2. Dezember. Die von der Kommission zur Prüfung der gegen die jetzige Bauordnung eingereichten Denkschrift gestellten Anträge werden mit der vom Ortsgesundheitsrath beantragten Abänderung gutgeheißen und dem Großh. Bezirksamt mit Antrag auf Abänderung der Bauordnung hiernach unterbreitet. — Der Entwurf eines mit dem Vorstand des Verbandes Karlsruher Krankenkassen über die Mitbenützung von Räumlichkeiten im Rathhaus, über die Besorgung der Kassen- und Rechnungsführung durch Beamte der Stadt und über die Bestellung der Stadtärzte als Kassenärzte abzuschließenden Vertrags wird genehmigt. — Der weitere Entwurf eines Vertrages über die Gewährung von Darlehen an die Ortskrankenkasse der Dienstboten und an die allgemeine Ortskrankenkasse auf den 1. Januar 1893 wird ebenfalls genehmigt. — In dem großen Rathhaussaal soll zu Ehren des verstorbenen Oberbürgermeisters Lauter eine Gedenktafel angebracht werden. Die erforderlichen Mittel werden in den 1893er Voranschlag eingestellt. — Ein Theil des an den großen Rathhaussaal angrenzenden Magazins des Leihhauses soll zur Erstellung einer Garderobe für genannten Saal hergerichtet werden. Die erforderlichen Mittel werden ebenfalls in den 1893er Voranschlag eingestellt. — Die Gärtnerei auf dem alten und dem neuen Friedhof wird dem Tiefbauamt, speziell dem Oberstadtgärtner unterstellt. Die von der Baukommission bezüglich der Herstellung von gärtnerischen Anlagen auf dem neuen Friedhof gestellten Anträge werden genehmigt. — Zur Berathung kamen die Voranschläge: des Gaswerkes, des Wasserwerkes, des Stadtgartens, der Verbrauchssteuern, der Badeanstalten, des Kaiser Wilhelm-Denkmalfonds, der städt. Betriebskrankenkasse, der Verwaltung des Kranken- und Invaliditäts- und Alters-Versicherungswesens, der Rheinbahn, des Friedhofes, der Schulanstalten und zwar: Realgymnasium, Realschule, höhere Mädchenschule, kaufmännische Fortbildungsschule, Gewerbeschule und Volksschulen. — Bei Berathung des letzteren Voranschlages wurde beschlossen, unter den Einnahmen eine Position für Schulgeld an der einfachen Volksschule nicht mehr einzustellen und beim Bürgerausschuß die Aufhebung des Schulgeldes an der einfachen Volksschule in Antrag zu bringen. — Behufs besserer Beleuchtung des Kunstschulplatzes sollen einige Laternen zur Aufstellung kommen. — Der Entwurf eines Ortsstatuts über die Verwaltung des Schlacht- und Viehhofes wird berathen und vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses genehmigt.

— **Selbstmord.** Herr Rechtsanwalt Dr. Wörter, einer der beliebtesten und angesehendsten Rechtsanwälte unserer Stadt, hat sich gestern früh in einem Anfall von Geistesgestörtheit erschossen. Derselbe war in der letzten Zeit schwer gemüthskrank und ist diese unglückselige That, die in allen Kreisen unserer Bevölkerung tiefstem Bedauern begegnet, darauf zurückzuführen. Der Verstorbene war vor ca. einem Jahrzehnt in Folge schwerer Gemüthserkrankung auf längere Zeit in einer Heilanstalt untergebracht.

Neueste Nachrichten.

Lüttich, 3. Dez. In Folge der Unterredung der Abordnung der Streikenden und der Direktion ist in der Kohlengrube Hoclaz ein Einvernehmen hergestellt. Die Delegirten gingen die Verpflichtung ein, daß die Arbeit Montag wieder aufgenommen wird.

Petersburg, 3. Dez. Dem Reichsrathe ging ein Gesetzentwurf zu, betreffend die Einführung der Salzaccise und Erhöhung der Zuckeraccise. Danach soll die Ergänzungsaccise 40 Kopeken per Pud Raffinadezucker aufgehoben, die Accise auf Sandzucker verdoppelt werden, nämlich auf 2 Rubel per Pud.

Handel und Verkehr.

Rastatt, 1. Dez. (Fruchtmarkt.) Weizen 17.50, 17.20, 17.— Mk., Korn 15.50, 15.20, 15.— Mk., Gerste 15.50, 15.20, 15.— Mk., Hafer 14.—, 13.80, 13.— Mk., Welschkorn 14.—, 13.50, 13.— Mk., Kernen —.—, —.—, —.— Mk. Eingeführt und verkauft wurden: Weizen 5900 Kilo, Korn 9700 Kilo, Gerste 2500 Kilo, Hafer 1300 Kilo, Welschkorn 3600 Kilo, Kernen — Kilo.

Konstanz, 2. Dez. 100 Kilo Weizen 17.—, Roggen n. 14.—, Gerste 14.—, Hafer 13.30, Kernen —.—, Welschkorn 13.60, Mehl 1. Sorte 33.—, 2. S. 36.—, 3. S. 34.—, Kleie 10.— Mk., 1 Kilo Halbweißbrod 28, Schwarzbrod 26 Pfg., Rindfleisch 1.26, Kalbfleisch 1.60, Hammelfleisch 1.50, Schweinefleisch 1.40, Ochsenfleisch 1.44, 1 Ster Buchenholz 10—11, Weißholz 7.—8½, 50 Kilo Holzkohlen 0.———, 100 Eier 7.——0.—, 1 Kilo Butter 2.——2.10, 100 Kilo neue Kartoffeln 4.——5.— Mk., 1 Kilo Erbsen —, Linsen —, Bohnen — Pfg., 1 Bund Stroh — Pfg., 100 Kilo Heu 0.—, 1 Hektoliter Wein 0.— Pfg.

Frankfurt, 2. Dez. Nachdem im gestrigen Abendverkehr die matte Haltung der Mittagsbörse sich weiter fortsetzte, herrschte auch heute bei Eröffnung eine abwärtsgehende Bewegung vor. Besonders lagen wieder Banken, Montanwerthe und Schiffahrtsaktien matt. Das Geschäft zeigte sich jedoch relativ belebter als seither und griff gegen Schluß auf Berliner bessere Kurse, die durch Deckungen motivirt wurden und höheres Wien, das mit der demnächstigen Ankunft Wekerle's in Zusammenhang gebracht wurde, eine Erholung Platz. Am Wiener Platz fanden besonders große Käufe in Kreditaktien statt. (Frankf. Journ.)

Hamburg, 2. Dez. Kaffee: Good average Santos für Dez. 78— Pfg., detto für März 77— Pfg. [illegible]

Antwerpen, 2. Dez. (Erdöl.) Gereinigtes 12¾, Dezember 12¾, Januar 13—, Januar-März 13¼. Fest. Amerikan. Schweineschmalz, nicht verzollt, dispon. 116— Fr.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Geburten: 27. Nov. Anna Rosa, Vater Heinrich Schmidt, Schlosser. — 28. Nov. Lisette Mina, Vater Adolf Bräutigam, Küfer. — 30. Nov. Ida, Vater Christian Constantin, Schutzmann. — Otto Wilhelm, Vater Karl Lipp, Lithograph. — Rudolf Wilhelm, Vater Wilhelm Lampert, Diener. — 1. Dez. Berthold, Vater Berthold Schneider, Küfer.

Todesfälle: 1. Dez. Lina, alt 1 Monat 16 Tage, Vater Alfred Heubner, Gastwirth. — Alma, alt 3 Monate 27 Tage, Vater Peter Böß, Wirth. — Susanna Blatsch, alt 66 Jahre, Ehefrau des Arbeiters Andreas Blatsch. — Jakob Nubel, Schreiner, ein Ehemann, alt 54 Jahre.

Auswärtige Todesfälle.

Littenweiler: Donatus Böhler, Badewirth.

Freiburg: Katharina, geb. Späth, 62 J., Wittwe des Kaufmanns Johann Schneider von Iffezheim.

☞ Der heutigen Nummer liegt eine Empfehlung der **Festschrift „Leo XIII."** bei, worauf wir an dieser Stelle besonders hinweisen. Bestellungen nimmt die **Literarische Anstalt** in **Freiburg** und deren **Agentur** in **Karlsruhe** (Herrenstraße 34) entgegen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gottesdienst.

Sonntag, den 4. Dezember 1892.

Katholische Stadtpfarrei St. Stefan

6½ Uhr Rorateamt.
7½ Uhr hl. Messe.
8½ Uhr Militärgottesdienst: Herr Divisionspfarrer Berberich.
9½ Uhr Hauptgottesdienst: Herr Kaplan Keller.
11½ Uhr Kindergottesdienst: Herr Kaplan Jener.
2½ Uhr Christenlehre.
3 Uhr Bruderschafts-Andacht.
Nachmittags 4 Uhr: Monatsversammlung des dritten Ordens.

Kathol. Kapelle im Kadettenhaus.

10 Uhr Gottesdienst: Herr Divisionspfarrer Berberich.

Liebfrauenkirche.

6½ Uhr Rorate.
8½ Uhr Kindergottesdienst: Herr Kaplan Bopp.
9½ Uhr Hauptgottesdienst Herr Kaplan Mußler.
2 Uhr Christenlehre.
2½ Uhr Corporis Christi-Bruderschaft.

St. Peter- und Paulskirche (Stadttheil Mühlburg).

Früh ½7 und ½8 Uhr Austheilung der hl. Kommunion.
9½ Uhr Hauptgottesdienst.
2 Uhr Christenlehre und Corporis Christi-Bruderschafts-Andacht.

Ettlingen.

6 Uhr Frühmesse.
8 Uhr Schülergottesdienst mit Homilie.
9½ Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt.
1½ Uhr Christenlehre für die Mädchen.
2 Uhr Corporis Christi-Bruderschaft.

Bekanntmachungen, Versteigerungen rc.

Aufforderung. Ausstehende Rechnungen über Lieferungen und Arbeiten für die Gemeinde sind bis Kassenabschluß wegen längstens bis zum 10. d. M. vorzulegen. Die Rechnungen für diejenigen Arbeiten, welche sich zur Zeit in Ausführung befinden, sind längstens bis zum 31. d. M. einzureichen. Werden Rechnungen nach diesen Terminen eingereicht, so erleidet der Lieferant einen Abzug von 10 Prozent des Rechnungsbetrages. Ettlingen, 1. Dez. 1892. Der Gemeinderath.

Madopolam, Shirting, Chiffon, Damast, Piqué, Croisé, Sammet, Futterstoffe in ½ (50 mtr.) und ¼ (25 mtr.) Stücken — A. Streit in Ettlingen. Muster & Preisliste frei. 24.12.

Für Kapitalisten oder Kaufleute!

Zur Uebernahme eines seit 30 Jahren bestehenden Detail-Geschäfts (einer größeren Stadt Badens) der Textilbranche, mit rentabeln Artikeln, wird von einem tüchtigen Fachmanne, kath., ein stiller oder thätiger Theilhaber mit 10—20 Mille gesucht.
Offerten unter **N. H. G. 2981** an die Expedition dieses Blattes. 2.1

Ein kreuzsaitiges, sehr solides **Salon-Pianino** mit nobler, vollem Ton wird sehr billig verkauft: Schützenstraße 12 im 2. Stock.

Zinscoupons per 1. Januar 1893

löse ich von heute an ohne Abzug ein.
Den An- und Verkauf von Anlage- und Spekulationswerthen besorge ich unter coulanten Bedingungen.

A. MARX, Bankgeschäft,
Karlsruhe, neben der Reichsbank.

Kathol. kaufm. Verein „Fidelitas".

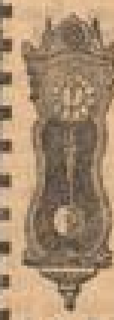
Zu der am
Dienstag, den 13. Dezember d. J.,
Abends 9 Uhr, im Vereinslokale „Burg Zähringen", Marienstraße 16, 2. Stock, stattfindenden ordentlichen Generalversammlung laden wir unsere verehrlichen Mitglieder mit der Bitte um vollzähliges Erscheinen ergebenst ein.

Tages-Ordnung:
I. Berichterstattung und Rechnungsablage des Vorstandes;
II. Neuwahl des Vorstandes für das kommende Vereinsjahr;
III. Etwaige vorliegende Anträge der Mitglieder.

Der Vorstand.

Wilh. Devin,

Krausbeck's Nachfolger,
Hofuhrmacher,
118 Kaiserstrasse 118,



empfiehlt zu
Weihnachts-Geschenken
sein mit **allen Neuheiten** ausgestattetes grosses Lager in
Taschenuhren, Regulateuren, Stand- und Wanduhren, Weckern u. s. w.
unter Zusicherung reellster und billigster Bedienung.

Teppichkehrmaschine,

Neu!

neueste Bürste zum Reinigen sämmtlicher Teppiche, im Gebrauch die beste und billigste und übertrifft heute alle andern, empfehle daher solche bestens.

G. Brender,

Bürstenfabrik und Holzwaaren-Handlung,
38 Waldstraße 38,
Karlsruhe.

Ein
gebrauchter Gasmotor,
4—6 Pferdekraft, zu kaufen gesucht. 2.2
Karlsruher elektr. Beleuchtungs- und Telegraphenbau-Anstalt,
26 Kaiserstraße 26,
Friedrich Reiff.

Weihnachten 1892.

Niederlage von Chocolade Marquis, englischen Früchten und Pfeffermünz-Drops etc.

Niederlage der Parfümerien und Toilette-Seifen von F. Wolff & Sohn.

Meine Weihnachts-Ausstellung

ist mit dem Neuesten sowohl in **Luxus-** als **praktischen Gegenständen** aller Art auf das Reichhaltigste ausgestattet und lade zu deren Besuch ergebenst ein.

Von jetzt ab bis nach den Feiertagen ist mein Geschäft auch an Sonntagen geöffnet.

Münchner Eberl-Bräu,

Karlsruhe,

33 Kreuzstraße 33.

Das dankbarste Festgeschenk für eine Hausfrau
ist eine 4.1

gute Waschmange,

welche das theure Weißzeug schont und das lästige, gesundheitsschädliche und zeitraubende Bügeln erspart. Ich empfehle solche mit eisernem Getriebe in unübertroffener Güte für **Private, Gasthöfe, Institute, Anstalten, Spitäler rc.** — Bitte illustr. Preisliste zu verlangen.

Wilhelm Wolf, Eisenmöbel-Geschäft in **Bühl** i. Bad.

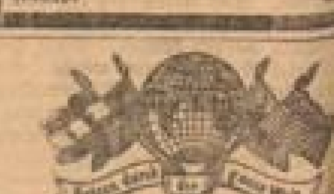
28 goldene und silberne Medaillen und Diplome.

Spielwerke

4—200 Stücke spielend; mit oder ohne Expression, Mandoline, Trommel, Glocken, Himmelsstimmen, Castagnetten, Harfenspiel rc.

Spieldosen

2—16 Stücke spielend; ferner Necessaires, Cigarrenständer, Schweizerhäuschen, Photographie-Albums, Schreibzeuge, Handschuhkasten, Briefbeschwerer, Blumenvasen, Cigarren-Etuis, Tabaksdosen, Arbeitstische, Flaschen, Biergläser, Stühle rc. Alles mit Musik. Stets das Neueste und Vorzüglichste, besonders geeignet zu Weihnachts-Geschenken, empfiehlt
J. H. Heller, Bern (Schweiz).
Nur direkter Bezug garantirt Aechtheit; illustrirte Preislisten franko. 4.4



Weihnachts-Ausverkauf

der

Pariser Corset-Fabrik,

Firma: A. Lucas,

Kaiserstraße 161, Eingang Ritterstraße.

Grösstes
Special-Geschäft
der
Corset-Branche.
Anerkannt unübertroffene Façons.

Auch dieses Jahr biete dem verehrlichen Publikum Gelegenheit, ein praktisches

Weihnachts-Geschenk

billig kaufen zu können und kommen von heute an **wegen Umzug unter Herstellungspreis** zum Verkauf:

600 Stück **beste, dauerhafte Uhrfeder-Corsets,** gutsitzende, neue Façons, früherer Preis Mk. 5.50, jetzt nur Mark **3.—** das Stück.

800 Stück **elegante, moderne Fischbein-Corsets,** in verschiedenen Farben und Schnitten, **alle Weiten,** früherer Preis 6 Mk., jetzt nur Mk. **3.50** das Stück.

Auf sämmtliche übrige Sorten meines nach vielen Tausenden zählenden Lagers ist ebenfalls eine **bedeutende Preisermäßigung** eingetreten und somit die denkbar günstigste Kaufsgelegenheit geboten.

Billigste Preise. Umtausch nach Weihnachten gestattet. Versandt nach auswärts prompt.

Vom 23. Januar ab befindet sich das Geschäft **Kaiserstraße 173,** zwischen Ritter- und Herrenstraße.

Katholischer Arbeiterverein Karlsruhe.

Morgen (Sonntag) ist **keine** Vereinsversammlung, dagegen von 6 bis 8 Uhr im Vereinslokal **Auflage**. Wegen des herannahenden Jahresschlusses werden die Mitglieder dringend ersucht, etwaige **rückständige Beiträge alsbald** zu entrichten.

Mit der diesjährigen **Weihnachtsfeier**, worüber Näheres noch bekannt gegeben wird, soll eine **Gaben-Verloosung** verbunden werden, wozu die Herren Kassier Röser (Steinstraße 16), und der Vereinswirth von Mitgliedern und Freunden des Vereins **freiwillige Spenden** in Gaben oder Geld entgegennehmen.

Am nächsten Sonntag, den 11. ds., Abends 8½ Uhr, findet nach Beschluß des Ausschusses eine

außerordentliche Generalversammlung

statt.

Tagesordnung: Beschaffung einer Theaterbühne.

Hiezu, sowie zu dem darauffolgenden Vortrag werden die Mitglieder freundlichst eingeladen und um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand: Höfner.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, den 4. Dez. 134 Ab.-Vorst. Zum ersten Male: **Die Orientreise.** Schwank in 3 Akten von Oskar Blumenthal u. Gustav Kadelburg. Anfang ½7 Uhr.

Theater in Baden.

Montag, den 5. Dez. 10. A.-V. Zum ersten Male: **Die Orientreise.** Schwank in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg. Anfang 7 Uhr.

Kaiser-Panorama.

99 Kaiserstraße 99.
Täglich geöffnet von 10 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.
Eintrittspreis 30 Pfg., Kinder 20 Pfg.
Abonnements 5 Reisen Mk. 1.—
Vom 4. bis mit 10. Dezember:
Auf vielseitigen Wunsch:
Schlösser König Ludwig II. von Bayern.
Hohenschwangau und Neuschwanstein.

Festhalle.

Sonntag, den 4. Dezember 1892.
Nachmittags 4 Uhr:

Großes Streich-Concert

(Operetten-, Possen- und Bauernmusik)
gegeben vom Trompetercorps des 1. Bad. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 14 unter Leitung des Königl. Stabstrompeters **M. Linne.**

Verantwortlich für den redaktionellen Theil: H. Rüttgers. — Für Haus- u. Landwirthschaft, Handel u. Inserate: H. Vogel. Beide in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstr. 42. H. Vogel, Direktor.